

Finsinger Ohrwurm

3. Juni 1974

Nr. 12

Erscheint nach Bedarf

Die SPD kommentiert

das Gemeindegesehen

Wie steht es mit der Planungshoheit der Gemeinden?

Ein Hauptanliegen jeder kleineren Gemeinde ist es immer noch, sich zu vergrößern um dadurch einen besseren Stand im Konkurrenzkampf zu erringen.

Und ein Hauptfehler jeder kleineren Gemeinde ist, daß sie die kommunalen Probleme, heute weniger denn je, so im Griff hat, daß sinnvolle Ergebnisse herauskommen.

Es gab eine Zeit, da konnte jede Gemeinde planen und ausführen, was sie für richtig hielt, so gut oder so schlecht es auch gewesen sein möge. Wenn sie Fehler machte, so mußte sie, und nur sie allein, die Fehler tragen.

Heute, bei der ungleich dichteren Besiedlung wie früher, kann ein Fehler in der Planung einer Gemeinde weitreichende Folgen für alle haben. Den Gemeinden fehlt dafür oft der Weitblick. Sie meinten, wenn nur viele Häuser gebaut werden, ist alles gut. Ob die Trinkwasserzufuhr oder die Abwasser- und Müllbeseitigung ausreicht merkten sie meist erst, wenn es irgendwo nicht mehr umging - von dem fehlenden Geld für die Nachfolgelasten gar nicht zu reden. Über den großen Jammer in der Region München hat die Presse eingehend berichtet.

Heute ist den Gemeinden, den kleinen und auch schon den großen, die Planung aus der Hand geglitten. Sie wissen alleine nicht mehr weiter. Das Wort haben nun die Fachleute

in den Planungsverbänden. Auch die Landratsämter sind in ihrer Entscheidung nicht mehr frei.

Die Planungsverbände haben eine schwere Aufgabe. Durch die sorglose Planung sind bereits Schäden entstanden, die kaum mehr zu beheben sind. Da sind zum Beispiel die sogenannten einklagbaren Baurechte: Ausgewiesene Baugebiete, die sich jetzt als übertrieben und schädlich erwiesen haben, können nicht mehr gestrichen werden - es sei denn der Steuerzahler greift tief in die Tasche für die dann fälligen Entschädigungszahlungen. Es wurde öffentlich die Hoffnung ausgesprochen, den Bauherrn möge das Geld ausgehen, daß sie ihre Rechte von selbst nicht mehr in Anspruch nehmen.

Es ist verständlich, daß die Regionalplaner jetzt strengste Maßstäbe anlegen müssen an alle Vorhaben, die die Gemeinden anstreben und daß mancher gemeindliche Wunsch unerfüllt bleibt und manches Bauvorhaben abgelehnt wird.

Man darf die Schuld an diesem Zustand nicht allein den Gemeinden geben. Die berufenen Ämter, aufwärts bis zur Regierung, sind nicht schuldlos. Sie hätten es wissen müssen. Sie haben das rechtzeitige Bremsen versäumt, weil ihnen die heilige Kuh der Profitwirtschaft den Blick verstellt hat. Jetzt, da nichts mehr zu verbergen ist, und die früheren Fehler erkennbar werden, bleibt uns nur die schwache Hoffnung, daß es die neuen Planer bessermachen als

die früheren.

Die Gemeinden aber können der Regionalplanung am besten helfen, wenn sie deren Vorschlägen Verständnis entgegenbringen und nicht mit Eigensinn und Schlitzohrigkeit auf Rechten beharren, die sie endgültig verspielt haben. In diesem Sinn verbleibt ihnen ein Rest ihrer Planungshoheit.

Gemeindliche Planung in Finsing?

Da gibt es in Finsing einen Entwässerungsgraben, den die Anlieger im Eigenbau verrohrt und teilweise zugefüllt haben. Einen Plan gibt es nicht. Aus dem Gedächtnis wird hier ein Rohr und dort ein anderes genannt. Aber man sieht nicht mehr viel. Ein Rohr spuckt seinen Inhalt vom Nachbarn her frei unter dem Zaun hindurch in den noch offenen Teil des Grabens. Und ein weiterer Anlieger hat einen Schachtbau in Angriff genommen um noch ein Stück des Grabens verfüllen zu können. Und trotz der vielen Rohre sind einige Flächen immer noch nicht sachgemäß entwässert. Wenn man das ganze sieht, fragt man sich: wird das gut gehen? Die technischen Mängel sind nicht zu übersehen.

Aber nicht nur die technische Seite ist interessant. Auch die rechtliche, besser gesagt, die finanzielle Seite ist etwas pikant. Der Anlieger, auf dessen Grund der Hauptstrang dieses Rohrsystems liegt, sollte dem Nachbarn, dessen Rohr noch frei in den Graben mündet, den Anschluß an das Hauptrohr gestatten. Das wäre für den Nachbarn "kostensparend" gewesen, aber das Risiko für die Hauptleitung hätte der andere zu tragen gehabt. Offenbar, weil er nicht mitspielte, wurde ihm in einer der letzten Gemeinderatssitzungen Schwarzbau vorgeworfen. Dabei hatte man nur übersehen, daß seine Nachbarn auch "schwarze" Rohre in ihren Grundstücken haben könnten.

Es kam, wie es kommen mußte: das Landratsamt und das Wasserwirtschaftsamt wurden auf die Sache aufmerksam.

In der Gemeinderatssitzung am 27.5.74 gab Herr Buchmann bekannt, daß das Landratsamt in der Sache ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet und damit der Gemeinde die Planung aus der Hand genommen hat. Das war nicht ganz nach dem Geschmack einiger Gemeinderäte. Sie meinten, man hätte das halt schnell und billig machen sollen. Wenn alles zugefüllt gewesen wäre, hätte sich keiner mehr darum gekümmert. Wer hat überhaupt da hineingestochen? wurde gefragt. Jetzt entstünden den Anliegern riesige Kosten.

Was es aber kostet, wenn man technische Mängel eingräbt (natürlich ohne Plan) und gelegentlich doch wieder ausgraben muß, das wurde nicht bedacht. Man rechnete offenbar so: Es hat nur einer schwarz gebaut und wer schwarz baut, der zahlt, wenns schief geht.

Wir meinen dazu:

Wenn Bürger zweifelhaftes Geschäfte machen, sind sie entweder dumm oder böswillig. Der Gemeinderat sollte solche Geschäfte verhindern und den Bürgern klar machen, daß der Vorteil, den eine Grabenverrohrung bringt, nicht umsonst zu haben ist.

Im übrigen sollten die Anlieger heilfroh sein, daß das Land-

ratsamt eingreift. Auf diese Weise könnte der böse Verdacht ausgeräumt werden, daß irgendwo unerlaubte Abwässer eingeleitet werden.

Erlaubt es die Polizei...?

haben wir in unserer vorigen Ausgabe gefragt. Nämlich, erlaubt es die Polizei, daß in Finsing Müll vergraben wird?

Wir beobachteten den Müllhaufen auf dem bekannten Prozeßgrundstück Mitte Februar dieses Jahres und fanden darauf leere Briefumschläge der Fa. Bartl. Der damals amtierende Bürgermeister Buchmann wurde verständigt, weigerte sich aber, die Sache aufzugreifen. Wir erstatteten daraufhin Anzeige gegen Unbekannt. Die Polizei kam, fand keinen Schuldigen und berichtete uns mit Schreiben vom 21.2.74 folgendes: "Herr Bartl bestreitet, den Unrat an die bezeichnete Stelle gebracht zu haben... Herr Bartl verpflichtete sich trotzdem, noch heute den Müll mit Kies abzudecken."

Daraufhin haben wir das Landratsamt Erding dazu um Stellungnahme gebeten. Wir haben dabei ausdrücklich betont, daß es uns weniger um den verhältnismäßig unbedeutenden Müllhaufen und um den Täter geht, als um das Grundsätzliche, nämlich darum, daß Müll nicht an irgend einer beliebigen Stelle eingegraben werden darf - schon gleich gar nicht mit Zustimmung der Polizei. Daraus könnte ja jeder ein Recht zum Vergraben des Mülls ableiten - besonders bei der ablehnenden Haltung vieler Finsinger Bürger zur Müllabfuhr.

Kürzlich erhielten wir die Stellungnahme des Landratsamts. Darin wurde das unangenehme Kernproblem "erlaubt es die Polizei?" nur sehr ungenau angesprochen. Offenbar wollte das Landratsamt der Polizei keinen öffentlichen Vorwurf machen. - Zwischen den Zeilen ist allerdings zu lesen, daß die Gemeinde für die Beseitigung des Mülls zuständig gewesen wäre.

Aber das Landratsamt sieht sich anscheinend jetzt doch veranlaßt, das bekannte "Vollzugsdefizit" aufzuholen, das heißt, dafür zu sorgen, daß Gesetze nicht nur erlassen werden, sondern ihre Einhaltung auch erzwungen wird - auch durch die Gemeinde.

Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß die Gemeindeverwaltung Finsing in ihrem Amts- und Mitteilungsblatt Nr. 21 vom 24.5.74 vielen Gemeindebürgern betrügerische Absichten in Sachen Müllabfuhr vorwirft. So, wie wir die Situation kennen, halten wir diese Vorwürfe für berechtigt. Nur - noch in seinen Wahlversammlungen hat Herr Buchmann versichert: "wir brauchen keine Gesetze, wir reden alles im Guten aus". Und jetzt auf einmal diese Härte? "Von der Ermächtigung, Verstöße dieser Form zu ahnden, wird die Gemeinde künftig uneingeschränkt Gebrauch machen" heißt es im Gemeindeblatt.

Sollte das die Auswirkung unseres Vorstosses sein? Wie dem auch sei, ein klares Wort an die Unbelehrbaren ist gefallen.

Unserer heutigen Ausgabe
liegt ein Blatt für die Fußballfreunde bei.

Staatsstraße 2082

Nun ist die Entscheidung gefallen. Der Flughafen München - Freising - Erding wird gebaut werden. Die von den Flughafeninteressenten im Vordergrund aufgebauten und aufgebauchten Vorteile dieses Flughafens verdecken die im Hintergrund lauernden Gefahren für die Meisten so gründlich, daß nach menschlichem Ermessen keiner mehr den Gang der Dinge aufhalten kann. Zumal die Münchner des festen Glaubens sind, der Flughafen Riem würde dann aufgelöst werden.

Ein Flughafen braucht Zubringerstraßen. Die Fachleute haben ein Straßennetz entworfen, das den Flughafen in erster Linie an das Zentrum München und an die davon ausgehenden Autobahnen anbinden soll, und es wird in zweiter Linie auch von der besseren Verkehrserschließung des Raumes um den Flughafen gesprochen.

Das klingt alles sehr schön. Nur haben die Gutachter schon 1972 ein Hintertürchen offengelassen. Sie wollen zwar an ihrem Plan festhalten "auch wenn dieses Projekt in Anbetracht eines einzuhaltenden Baustufenplanes mit finanziellen Konsequenzen in den nächsten Jahren noch nicht verwirklicht werden kann." Das heißt also, die Pläne werden nur Wirklichkeit, soweit das Geld reicht.

Mittlerweile ist das Geld weniger geworden, es wird Abstriche vom Programm geben. - Bisher wurde uns vom Straßenbauamt gesagt, die Straße 2032 sei nicht in das Zubringersystem zum Flughafen einbezogen. Doch nun kommt es anders: Als Ersatz soll das bestehende Straßennetz ausgebaut werden. Neben der schon in Angriff genommenen Staatsstraße 2080 könnte sich dafür auch die 2082 (Münchner-Erdinger Straße) anbieten. Jetzt ist es klar, warum das Straßenbauamt so unnachgiebig an der bekannten Neutrassierung dieser Straße festhält.-

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, was eine Schnellstraße (denn nun wird es gewiß eine solche) quer durch Neufinsing bedeuten würde. Nach neuestem müssen wir damit rechnen, daß sie eher kommen kann, als "in 15 Jahren, wenn überhaupt". Wenn es zu dieser Schnellstraße kommt, werden sich noch nicht absehbare Folgen für den Raum der jetzigen Gemeinde Finsing ergeben.- Nicht zuletzt natürlich die: die Finsinger Bürger werden künftig bequemer ihr Flugzeug nach Übersee erreichen können...

Pflicht-Müllabfuhr in Finsing immer noch unbeliebt?

Herr Josef Rössl, Ortsbauernführer in Finsing, stellte, im Namen einiger Landwirte, den Antrag, die Müllabfuhrsatzung so zu ändern, daß auch monatliche Abfuhr möglich ist.

Der Gemeinderat lehnte diesen Antrag selbstverständlich ab. Allerdings ganz so selbstverständlich scheint es doch nicht gewesen zu sein, denn der Bürgermeister fragte zuerst den Abfuhrunternehmer, ob er das mache. Offenbar um unsicheren Gemeinderäten den Rücken zu stärken. Die Firma Wilm lehnte das Ansinnen ab. Die Landwirte müßten es jetzt bei der nächsten Instanz versuchen...